

<b>IK-</b>	<b>KORR</b>	<p>Hrsg.: Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS Arbeitsgemeinschaft in der GBM e.V.</p> <p>Postfach 790103, 13015 Berlin</p>	<p><b>3/2007</b></p> <p><b>August</b></p>
------------	-------------	---	---

**Jour fixe im Mai 2007**

Unser Thema lautete:

**„Opposition und Widerstand“**

Schon bei der Vorstellung des Handbuches *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000* (IK-KORR 2/2006) war dieses Thema ins Auge gefaßt worden. Bernd Florath, Autor des entsprechenden Handbuch-Textes, war leider verhindert. Wolfgang Schmidt gab eine - auch kritische - Übersicht. Neben den ergänzenden Beiträgen der Mitherausgeber bzw. Autoren des Handbuches Detlef Nakath und Wilfriede Otto folgten über 10 weitere und zum Teil recht ausführliche Wortmeldungen. Darum ist es nicht möglich, auf dem hier gegebenen Raum sie einigermaßen genau und differenziert zu referieren. Deshalb nur einige Kernpunkte der Diskussion:

Das Handbuch betrachtet Opposition und Widerstand in *beiden* deutschen Staaten. In ihren (in sich auch widersprüchlichen) Intentionen waren sie nicht selten auch aufeinander bzw. auf den jeweils anderen Staat bezogen. Vergleiche drängen sich auf.

Zunächst ging es um die Begriffe. Dem Handbuch-Beitrag folgend wird die „Opposition“ als jeweils systemimmanent verstanden, wogegen „Widerstand“ für prinzipielle Systemkritik bis zum Ziel der grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung steht. Interessant in diesem Zusammenhang war Thomas Kleins (früher „Vereinigte Linke“) Einschätzung, wonach die Bürgerbewegung in der DDR in ihrer Opposition überwiegend systemimmanent und linksorientiert, aber gegen autoritäre und repressive Machtausübung war. Mehrfach wurde hervorgehoben, daß es zwischen den entsprechenden Positionen und Bewegungen in der DDR und Zielen der Opposition in der BRD auch sachliche Berührungen und teilweise Übereinstimmungen gab. (Z.B. in der Ablehnung des Vietnamkrieges, in der Beseitigung von sozialen Schranken für freie Bildungsmöglichkeiten, in der Frauenemanzipation.) In ihren pluralistischen Vorstellungen war auch die westdeutsche außerparlamentarische Opposition den Intentionen Rosa Luxemburgs verwandt. In ihren basisdemokratischen Ansprüchen unterschieden sie sich wiederum deutlich vom etablierten zentralistischen Führungsverständnis in der DDR.

In der Diskussion wurde mit Recht auf ein Kriterium hingewiesen, welches heute gern verschleiert oder gar verdrängt wird: Vergleichend werden alte Bundesrepublik und DDR heute vorwiegend anhand der Merkmale „Diktatur“ oder „Demokratie“ dargestellt. In der Tat hatte die DDR im Procedere ihrer Machtausübung gravierende Demokratiedefizite (was nicht bestritten wird). Aber *davor* rangiert doch inhaltsbestimmend der Gegensatz in den herrschenden Eigentumsverhältnissen. *Wie immer die kritischen Blicke auf die Machtprozeduren gerichtet sein mögen – dieses grundlegende Merkmal darf nicht verdrängt werden.* Auch kann die formale bürgerliche Demokratie nicht alleiniger Maßstab sein, entscheidend ist der tatsächliche Einfluss der Bevölkerungsmehrheit auf die politischen Entscheidungen, der auch in einem Einparteiensystem gegeben sein kann.

Unstrittig war, daß die westdeutsche Oppositionsbewegung von der DDR unabhängig und selbständig war – gespeist aus den eigenen bundesdeutschen Konflikten, wiewohl in der DDR-Gesellschaft vorwiegend mit Sympathie verfolgt (z.B. die große Bonner Kundgebung gegen die Raketennachrüstung), Aber wie war es mit der oppositionellen Bürgerbewegung in der DDR? War sie etwa fremdgesteuert – wie seinerzeit oft so verdächtig? Manchmal schwang in der Diskussion ein Ton mit, welcher den Akzent eher auf diese Sicht lenkte. Nun wäre es naiv anzunehmen, im Kalten Krieg mit seinen ideologischen Exzessen zumal, die

prinzipiell sozialismusfeindlichen Kräfte der alten BRD würden nicht jede Möglichkeit eines Landgewinns genutzt haben. Sie versuchten sich einzumischen – und zugleich innerhalb des eigenen Landes alle Bestrebungen zu düpieren, ein objektives Bild und ein ausgleichendes Friedenskonzept gegenüber der DDR zu befördern. Peter Bender wurde als einer jener genannt, die solches versucht hatten. Dennoch darf mit dem Hinweis auf feindselige Einmischung von außen nicht relativiert werden, welche eigenen internen Widersprüche der Opposition in der DDR *zunehmend* Nahrung gaben. Ein trefflicher Gedanke Mao Tse Tungs wurde zitiert: Aus einem Kalk-Ei läßt sich kein Huhn erbrüten. Wie sonst würde – wie in der Diskussion Egon Krenz' Feststellung zitiert wurde – sich erklären, daß in erheblichem Umfang auch SED-Mitglieder sich an den 89er Demonstrationen beteiligt hatten? Wobei sicherlich die überwiegend nicht auf politische Motive zurückzuführenden Ausreiseanträge und „Republikfluchten“ ein Indikator für die zur Krise gewordene Sterilität der SED-Führung waren.

Das deutet zwar auch auf die Wirkungen des ökonomischen Kräfteverhältnisses hin, läßt aber die Frage offen, ob nicht gerade deshalb die praktizierte Konzeption der Machtausübung ungeeignet war, die Konflikte und Probleme zivilgesellschaftlich zu lösen. Zivilgesellschaftlich in Luxemburgs und Gramscis Sinne, mit normaler pluralistischer Diskussion und Mehrheitsmöglichkeit. Dies hätte, wie festgestellt wurde, gesellschaftliche Kreativität befördert und Opposition etwas Normales werden lassen, statt sie in Systemwiderstand zu treiben. *Kritik wäre zu etwas Eigenem geworden*. Opposition würde von den westlichen Medien viel schwerer als Handlanger für Sozialismusfeindlichkeit zu mißbrauchen gewesen sein.

Detlef Nakath verlangte, Geschichte nicht vom Ergebnis, sondern nach ihrer Genesis schreiben. Das ist unzweifelhaft wichtig zur Vermeidung Fehlern der Bewertung, z.B. von Realien, von Kräfteverhältnissen, von noch nicht verfügbaren späteren Erfahrungen und von tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten. Aber dennoch gilt für die Analyse und ihre praktische Nutzbarkeit, was Marx notierte:

" ... Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze!"

(„Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“; in: MEW, Bd. 8, Seite 117/118)

Wolfgang Hartmann

## Anhang zu IK-KORR 3/2007

---

### »Fünf Überlegungen zum Umgang mit Geschichte«

wurden im März von Kurt Goldstein, Arne Brix, Ellen Brombacher, Stefan Doernberg, Dorothea Döring, Rim Farha, Thomas Hecker, Wulf Kleus, Carsten Schulz, Sahra Wagenknecht als Antrag an den Berliner Landesparteitag der Linkspartei.PDS zur innerparteilichen Diskussion über historische Fragen eingereicht. Die angesprochenen Probleme sind auch für uns von großem Interesse. Auch, wenn man die Diktion des Antrags kritisch sieht, sind seine methodischen Überlegungen über den eigenen Umgang mit unserer Geschichte anregend. Dieser Antrag wird Grundlage der Einführung von Ellen Brombacher zu unserem nächsten Jour-fixe-Thema sein: „*Sachlich – kritisch – optimistisch? Zu unserem Umgang mit der eigenen Geschichte*“.

Anlaß des nachstehend in einigen wichtigen Auszügen dokumentierten Antrages war die nach Ansicht seiner Autoren unzureichende Geschichtsarbeit des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS, welche weniger „um historische Aufklärung, sondern um die Bewertung von Geschichte“ gehe.<sup>1</sup>

„(...)“

1. Wir sind für eine Versachlichung der Geschichtsdebatte

Zu allen Zeiten versuchten die jeweils Herrschenden aus dem Gang der Geschichte eine Rechtfertigung für eigenes Handeln und die Aufrechterhaltung der eigenen Herrschaft abzuleiten. Es überrascht nicht, daß die Protagonisten des Kapitals schon das Nachdenken über eine nicht vom Prinzip der Profitmaximierung dominierte Gesellschaftsordnung verteufeln.

(...) Natürlich ist es der Kapitallogik zufolge ein Kapitalverbrechen, Hand an Privatbesitz von Produktionsmitteln zu legen oder gelegt zu haben. Der Kapitallogik nach ist das ein Eingriff in Freiheitsrechte. Gemeint ist das Recht auf Ausbeutung. Die Restauration des Kapitalismus zerstört alle Illusionen, Kapitallogik könne der Vernunft und dem Humanismus Rechnung tragen. Der »moderne« Kapitalismus treibt täglich mehr Menschen ins Elend, nicht zuletzt durch grauenhafte, die Existenz der gesamten Zivilisation gefährdende imperialistische Kriege. Das Leben selbst befördert erneutes Nachdenken über Luxemburgs Feststellung: »Sozialismus oder Barbarei«. Da Angriff als die beste Verteidigung gilt, wird dem gewesenen Sozialismus von seinen Gegnern unterstellt, er sei zuvörderst barbarisch gewesen. Barbarische Züge des Kapitalismus hingegen, sofern sie überhaupt zugegeben werden, sind lediglich Fehlentwicklungen. Das US-Lager Guantánamo ist ein leicht stinkender Ausfluß im edlen Kampf gegen den Terror. Das Zuchthaus Bautzen jedoch war ein Hort des Verbrechens. Die DDR war ein Unrechtsstaat. Die USA sind der engste Verbündete der Bundesrepublik Deutschland. In solche Schubladen werden Geschichte und Gegenwart einsortiert. Daß die Herrschenden das so wünschen, ist normal.

Wenn auch Linke sich diese Sichtweise zu Eigen machen, trifft das Gegenteil zu: Es ist anormal. Führende Genossinnen und Genossen der PDS resp. Linkspartei.PDS haben in der Vergangenheit so manchen Kotau vor der veröffentlichten Meinung gemacht. Erinnerung sei an den Umgang mit der Problematik des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) von Anbeginn, an die Kette von Entschuldigungen, zum Beispiel die 1946 vollzogene Vereinigung von SPD und KPD oder den Mauerbau betreffend (...)

Wir sind für eine Versachlichung der Geschichtsdebatte, frei nach Friedrich Engels: »Über geschichtliche Ereignisse beklagt man sich nicht, man bemüht sich im Gegenteil, ihre Ursachen zu verstehen und damit auch ihre Folgen, die noch lange nicht erschöpft sind.«

## 2. Warum eigentlich keine Aufklärung?

Am 23. Januar 2007 fand im Berliner Landesvorstand der Linkspartei.PDS zu dieser Debatte eine ausführliche Verständigung statt. In der Sofortinformation über diese Sitzung hieß es u. a.: „In der ... Diskussion wurde eingeschätzt, daß die Debatte in unserer Partei mit großer Heftigkeit geführt wird. Dabei wird deutlich, daß klare Positionen, die Vorstände formuliert haben, nicht ausreichend in der Basis verankert sind. Es zeigt sich ein Trend, sich ‚wider den Zeitgeist‘ zu stellen, indem unter dem Druck der öffentlichen Verdammung der DDR von unserer eigenen Kritik Abstand genommen wird. Der antistalinistische Grundkonsens – unwiderruflicher Bruch mit dem Stalinismus als System – wird schwächer. Deshalb sieht der Landesvorstand in der Intensivierung der Geschichtsdebatte eine vorrangige Aufgabe der politischen Bildung. Dabei geht es nicht um historische Aufklärung, sondern um die Bewertung von Geschichte“ 1

Warum eigentlich keine Aufklärung? Aufklärung bedeutet, Licht in die Dunkelheit der Unwissenheit und der Vorurteile zu bringen. Ist das Wissen über Geschichte so gewaltig? Sind die nicht zuletzt medial erzeugten Vorurteile so unerheblich? (...)

## 3. Dialektische Sicht und metaphysisches Herangehen

Vergessen wir über die einzelnen Dinge deren Zusammenhang nicht. Ursache und Wirkung stehen eben nicht in starrem Gegensatz zueinander. Positiv und negativ schließen einander eben nicht absolut aus.

Man kann den real existiert habenden Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts sehr unterschiedlich beurteilen. Dabei sollte man jedoch seine Daseinsweise niemals von den Gesamtumständen trennen, unter denen er um seine Existenz kämpfte. Genau hier liegt die scharfe Trennung zwischen einer dialektischen Sicht auf unsere eigene Vergangenheit und einem metaphysischen Herangehen. Metaphysik und Voluntarismus in dieser Frage können aus ehrenwerten Träumen ebenso resultieren wie aus manipulativen Absichten: Wer realen Sozialismus an vollendeten kommunistischen Verhältnissen mißt, kann nur zu dem Schluß gelangen, das Reale sei nicht das Erwünschte. Die auch in der Linkspartei nicht beendete Auseinandersetzung zum Thema Menschenrechte, erinnert sei an die Kuba-Debatte, widerspiegelt dieses Problem. Eine Übergangsperiode, also eine Übergangsgesellschaft – nichts anderes kann der frühe Sozialismus sein – ist alles andere als vollkommen. Es ist daher schlicht unredlich, das Erwünschte zur

Denunziation des Realen zu benutzen, zu verlangen, das Reale müsse von heute auf morgen so werden, wie das Erwünschte – wohlwissend, daß nur ein Wundertäter das bewerkstelligen könnte. Das angestrebte Ziel zu vergessen ist auf Dauer tödlich; das Ideal mit der Wirklichkeit gleichzusetzen tötet auch.

Die von den Autoren dieses Papiers geführten Auseinandersetzungen um eine historisch gerechte Bewertung des Sozialismus und daher auch der DDR waren zu keiner Zeit von Vereinfachungen gekennzeichnet. Gerade auch deshalb waren wir nie bereit, zu Kritisierendes und Bewahrenswertes einfach schematisch getrennt voneinander zu betrachten. Wir waren und sind vielmehr davon überzeugt, daß gerade ein differenzierter Umgang mit den sozialistischen und nichtsozialistischen Zügen der DDR ein grundsätzliches Bekenntnis zu ihr ermöglicht.

#### 4. Wir bagatellisieren die Fehler, Irrtümer und Strukturdefizite des frühen Sozialismus nicht

Den heute Herrschenden geht es absolut nicht um eine differenzierte Analyse der Sozialismusgeschichte, auch nicht um eine objektive Bewertung der Geheimdienste der untergegangenen sozialistischen Länder. Erinnert sei an die Auseinandersetzungen um das ehemalige MfS-Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen. Die endlose Debatte über das MfS bedient einen anderen Zweck. Indem das MfS uneingeschränkt verteufelt wird, wird zum Kapitalverbrechen erklärt, daß die DDR Instrumente zu ihrem Schutz geschaffen hatte. Diese Denunziation eines Teils der Staatsmacht greift auf die Gesamtstrukturen des frühen Sozialismus über. Von der Verteufelung des MfS zur These vom Unrechtsstaat DDR ist es ein äußerst kurzer Weg. Die Unerbittlichkeit der Bewertung der Machtstrukturen des sozialistischen Versuchs resultiert aus der Ablehnung, daß da etwas anderes praktiziert wurde, als Kapitalverwertung. Aus der Ablehnung des Sozialismus kommt der Haß der veröffentlichten Meinung, nicht aus den Fehlern und Gebrechen der nichtkapitalistischen Ordnung. Und der Haß kommt aus dem Wissen, daß das zunehmend mörderische Funktionieren des Profitmechanismus selbst das Verlangen nach einer gesellschaftlichen Alternative stimuliert. Unausbleiblichem Widerstand soll daher der Gedanke an eine alternative Perspektive genommen werden. (...)

Zweifellos scheiden sich an der Frage der Bewertung der Oktoberrevolution sowie der nachfolgenden Entwicklungen in der Sowjetunion die Geister. Es ist vollkommen verständlich, daß in diesem Zusammenhang das Gespräch immer wieder auf Stalin kommt. Bereits 1995 – massiv konfrontiert mit dem Vorwurf, sie hätten ein apologetisches Verhältnis zu unserer Vergangenheit – entschlossen sich daher Genossinnen und Genossen, darunter Michael Benjamin und Sahra Wagenknecht, ihre Position zu dieser Problematik zu Papier zu bringen. Öffentlichkeit, auch innerparteiliche, blieb ihnen interessanterweise versagt. In dem Positionspapier heißt es u.a.: »Wir bagatellisieren die Fehler, Irrtümer und Strukturdefizite des frühen Sozialismus nicht, schon gar nicht die begangenen Verbrechen. Zugleich entspricht es unserer Überzeugung, daß die Welt berechenbarer und um viele Hoffnungen reicher war, als dieser unvollkommene, frühe Sozialismus ungebremste Kapitalherrschaft auf diesem Planeten verhinderte. (...) Zweifellos war der frühe Sozialismus von sozialistischen und nichtsozialistischen Zügen geprägt. Man kann ihn unseres Erachtens jedoch nicht in sozialistische und nichtsozialistische Perioden aufteilen. Und wir lehnen es ab, die schmerzhaft Widersprüchlichkeit frühsozialistischer Entwicklung dadurch aus der Welt schaffen zu wollen, daß die Periode von 1917 bis 1990 als nichtsozialistisch aus der Geschichte des gesellschaftlichen Fortschritts gestrichen wird.« In der erwähnten Erklärung wird auch die herausragende Rolle der Sowjetunion beim Sieg über den Hitlerfaschismus hervorgehoben. Am liebsten würde man die Sowjetunion und deren Verdienste bei der Zerschlagung der faschistischen Bestie aus dem Gedächtnis der Menschheit streichen. Doch solange das nicht möglich ist, sollen die Leistungen der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg wenigstens weitestgehend diskriminiert werden. Und das funktioniert nur, wenn Menschen eingepflichtet wird, der antifaschistische Kampf des sowjetischen Volkes sei ein minderwertiger gewesen. Minderwertig deshalb, weil sich sozusagen lediglich ein Unrechtssystem gegen ein anderes zur Wehr gesetzt hätte und weil im Ergebnis des Sieges des einen Systems über das andere lediglich neues Unrecht installiert worden wäre. Und schon ist der überragende Anteil der UdSSR an der Zerschlagung der faschistischen Kriegs- und Mordmaschinerie beinahe selbst ein barbarischer Akt. Wozu nun das Ganze? Wozu so viel ideologisches Bemühen um Vergangenes, noch dazu, da die Sowjetunion gar nicht mehr existiert? Es geht darum, dem gewesenen realen Sozialismus das vielleicht einschneidendste historische Verdienst abzusprechen: die Zerschlagung der realen Barbarei. Nicht zuletzt auf diese Weise soll Menschen, die in Ländern des real existiert habenden Sozialismus lebten und jenen, die allen jüngsten Entwicklungen zum Trotz ihrer Gesinnung treu geblieben sind, jegliche Identifikationsmöglichkeit genommen werden. Nichts, aber auch gar nichts war etwas wert – so lautet die Botschaft.

#### 5. Der Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts war historisch legitim

Auch die DDR wird auf ihre realen und vermeintlichen Negativseiten reduziert. Nicht nur durch politische Gegner. So wird im Entwurf der programmatischen Eckpunkte einer zukünftigen Linkspartei der gewesene frühe Sozialismus auf die Formel reduziert: »Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Mißbrauch des Sozialismus.« Da nun der gewesene europäische Sozialismus in Gänze stalinistisch gewesen sein soll, ist, der Logik dieser Aussage zufolge, selbiger auch in Gänze verbrecherisch gewesen. Das kommt dem »Niveau« der am 25. Januar 2006 beschlossenen Antikommunismusresolution 1481 der parlamentarischen Versammlung des Europäischen Parlaments in gewisser Weise nahe. Es dürfte außer Zweifel stehen, daß die übergroße Mehrheit der Mitglieder der Linkspartei.PDS sowohl die Geschichte des gewesenen Sozialismus als auch ihr eigenes Leben anders beurteilt. Das wohl ist es, was den Berliner Landesvorstand veranlaßte zu beklagen, »daß klare Positionen, die Vorstände formuliert haben, nicht ausreichend in der Basis verankert sind«. Diese »klaren Positionen der Vorstände« sind nicht die unseren. Wir suchen nach Antworten jenseits der veröffentlichten Meinung. Für die Zukunft des Sozialismus ist zu fragen: Was war bewahrenswert? Was darf sich nicht wiederholen? Welches waren die Ursachen für die nichtsozialistischen Züge des gewesenen Sozialismus; waren sie unvermeidbar oder hätten sie vermieden werden können? *Natürlich kann niemals als Grundsatz akzeptiert werden, um einer zukünftigen Gerechtigkeit willen den jetzt Lebenden ins Gesicht zu schlagen. Wir wissen auch, daß Lebenden ins Gesicht geschlagen wurde. Dennoch meinen wir, daß der gewesene Sozialismus dem Profitsystem gegenüber historischen Fortschritt verkörperte, auch wenn er unterlag und alles andere war als vollkommen. Er war unvollkommen, gekennzeichnet auch durch Irrtümer und Fehler. Er war nicht frei von Verbrechen – er war, wie Karl Marx es prognostizierte, »eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt« (MEW 19, S. 20).*

Einen Sozialismus zu wünschen, der die Phase seiner Herkunft überspringt und wie ein Phönix aus der Asche steigt, ist leider Träumerei. *Die Tragik des untergegangenen europäischen Sozialismus liegt nicht zuletzt darin, daß er im Überlebenskampf gegen das Kapital zuviel von seiner eigenen Identität preisgab.* Der Sozialismus kam in eine tiefe Krise, und dafür ist bei weitem nicht nur der Gegner verantwortlich zu machen. Die Frage, ob sich der frühe Sozialismus erschöpfen mußte oder ob er – ökonomisch vom ersten Tage an aus der schwächeren Position agierend – dennoch die Chance gehabt hätte, sich historisch mit dem ersten Anlauf durchzusetzen, wird uns sicher noch lange bewegen, ebenso die, welche Fehler und Fehlentwicklungen hätten vermieden werden müssen und können. Einfache Antworten auf diese Fragen gibt es nicht; weder so noch anders herum. Außer Zweifel steht: Der Sozialismus ist bekämpft worden, bis aufs Blut. Und sehen wir uns die Welt von heute an, so ist nicht nur überdeutlich, warum das geschah, sondern die Konsequenzen seines Untergangs zeichnen sich täglich deutlicher ab. Wir sind weder bereit, so zu tun, als hätten wir alles richtig gemacht, noch so zu tun, als hätten wir alles richtig machen können. Wir sind keine Verschwörungstheoretiker. Diese reduzieren komplexe Zusammenhänge auf einen Sündenbock. Wir wissen, daß es für den Untergang des Sozialismus des zwanzigsten Jahrhunderts auf europäischem Boden vielfältige Gründe gab, und wir wissen, daß die Auseinandersetzung über die Hauptursachen noch lange nicht beendet ist. Letztlich ist im Rahmen dieses Streits allerdings maßgeblich: War es legitim, die Macht des Kapitals zu brechen und durch Verhältnisse zu ersetzen, die nicht durch die Jagd nach Profit bestimmt waren oder machten die Unzulänglichkeiten des frühen Sozialismus diesen zu einer illegitimen Angelegenheit? Unsere Antwort auf diese Frage lautet ohne Wenn und Aber: Der Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts war historisch legitim.

1) Der volle Text des Antrages ist auf der Internet-web-site der jungen Welt (7.03.2007) unter der Überschrift „Unvollkommenheiten nicht als Grundübel verklären“ abrufbar.

2) Der volle Text des entsprechenden Protokollpunktes ist hier anschließend dokumentiert.

\*\*\*\*\*

## **Aus dem Protokoll des Berliner Landesvorstandes Die Linke.PDS v. 23. Januar 2007**

---

### **Geschichtsdebatte**

Gen. Carsten Schatz berichtete über Proteste, Provokationen und die anschließende Schändung des Gedenksteins »Den Opfern des Stalinismus« am Rande der Ehrung von Luxemburg und Liebknecht in der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde am 14. Januar. Die Aufstellung des Gedenksteins erfolgte auf Initiative des Förderkreises Erinnerungsstätte der deutschen

Arbeiterbewegung e.V., der diesen Gedenkstein auch finanzierte. Im Förderverein arbeiten Mitglieder der SPD, der Linkspartei.PDS und Parteilose sowie verschiedene Organisationen und Verbände mit. Er kümmerte sich um die Restaurierung der Gedenkstätte – seit 2001, dem Amtsantritt der rot-roten Regierung, mit deren Unterstützung, u.a. bei der Bereitstellung von Mitteln aus der Klassenlotterie.

In der anschließenden Diskussion wurde eingeschätzt, dass die Debatte in unserer Partei mit großer Heftigkeit geführt wird. Dabei wird deutlich, dass klare Positionen, die Vorstände formuliert haben, nicht ausreichend in der Basis verankert sind. Es zeigt sich ein Trend, sich »wider den Zeitgeist« zu stellen, indem unter dem Druck der öffentlichen Verdammung der DDR von unserer eigenen Kritik Abstand genommen wird. Der antistalinistische Grundkonsens – unwiderruflicher Bruch mit dem Stalinismus als System – wird schwächer.

Deshalb sieht der Landesvorstand in der Intensivierung der Geschichtsdebatte eine vorrangige Aufgabe der politischen Bildung. Dabei geht es nicht um historische Aufklärung, sondern um die Bewertung von Geschichte. Wir wollen die Auseinandersetzung zu Geschichtsfragen in den politischen Kontext einordnen und mit den Zukunftsthemen, mit der Diskussion über die Prinzipien eines demokratischen Sozialismus verbinden. Diese Debatte ist auch für die neu entstehende Partei wichtig, sie betrifft junge und alte Parteimitglieder sowie Ost- und Westlinke. Der Landesvorstand hat erste Vorschläge beraten, wie wir diese Debatte qualifizieren wollen. So wollen wir über ein neues Konzept der Ehrung von Sozialistinnen und Sozialisten in der Gedenkstätte Friedrichsfelde nachdenken, die auch den Gedenkstein »Den Opfern des Stalinismus« einbezieht.

Wir wollen eine Debatte um den Begriff »Stalinismus« führen und uns dabei auch auf die Ergebnisse und Debatten in der PDS seit dem Außerordentlichen Parteitag von 1989 und der Rede von Michael Schumann stützen. Wir wollen überlegen, an welchen historischen Daten wir die Debatte zur Ausgestaltung der Prinzipien des demokratischen Sozialismus führen wollen und werden die Historische Kommission der Linkspartei.PDS um Unterstützung bitten. Wir wollen gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und »Helle Panke e.V.« die Angebote für politische Bildung verstärken und öffentliche Veranstaltungen vorbereiten. Dazu suchen wir die Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand und wollen auch Linke außerhalb unserer Partei ansprechen. Geplant ist auch eine Führung in der Gedenkstätte Friedrichsfelde, die sich den Opfern stalinistischer Repression in der DDR widmet.

Internet-Quelle:  
berlin.de/partei/strukturen/landesvorstand/protokolle/10/20070123/

[http://www.die-linke-](http://www.die-linke-berlin.de/partei/strukturen/landesvorstand/protokolle/10/20070123/)